

Rita Schäfer

Internationale Frauenrechte – Frauenbewegungen stärken

Kongressbericht von der Internationalen Konferenz zu Frauenrechten und Entwicklung am 14.-17.11.2008 in Kapstadt

„The power of movements“ – „Die Macht der Bewegungen“ so lautete das Motto der internationalen Frauenrechtskonferenz, zu der das globale Netzwerk Association for Women's Rights in Development (AWID) Aktivistinnen aus allen Kontinenten eingeladen hatte. Über 2200 Frauenrechtsaktivistinnen trafen sich Mitte November in Kapstadt, um eine Standortbestimmung vorzunehmen. Sie diskutierten, wie sie aktuelle Herausforderungen, z.B. eine steigende Zahl von Bürgerkriegen und Gewaltkonflikten, Fundamentalismus und HIV/AIDS, bewältigen können. Weltweit beeinträchtigen diese globalen Strukturprobleme die Verwirklichung von Frauenrechten. Um so intensiver setzten sich die Konferenzteilnehmerinnen mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden der länderspezifischen Ausprägungen dieser Probleme auseinander und erörterten mögliche Gegenstrategien.

Mehrheitlich kamen sie aus afrikanischen Ländern. Allein aus Südafrika waren mehrere hundert Frauen präsent. Für etliche ältere Frauen war es die erste internationale Konferenz, an der sie teilnehmen konnten. Das betraf vor allem Vertreterinnen von Basisorganisationen, die während der Apartheid aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft in jeder Hinsicht marginalisiert worden waren. Viele hatten jahrelang für die Abschaffung der Apartheid gekämpft. Stolz nutzten sie nun die Chancen für den internationalen und kulturübergreifenden Austausch. Denn auch aus Nordafrika, dem Nahen Osten, aus Asien und Lateinamerika waren viele Frauenrechtlerinnen angereist. Weil AWID sich vor allem als Netzwerk von Aktivistinnen aus Ländern des Südens versteht, waren abgesehen von einzelnen Repräsentantinnen internationaler Institutionen kaum US-Amerikanerinnen oder Europäerinnen präsent. Auch Wissenschaftlerinnen bildeten eine Minderheit; sie verstanden sich hier als Lernende und als Zuhörerinnen.

Frauenrechte und geschlechtsspezifische Gewalt in Südafrika

Südafrika hatte als Austragungsort der Konferenz symbolische Bedeutung. Denn dort konzentrieren sich die Gewaltprobleme, die auch Frauen in anderen Teilen des Kontinents gefährden. Südafrika hat weltweit die höchsten Vergewaltigungsraten – und zwar

bezogen auf die Länder, die sich nicht in einem Krieg befinden. Auch bei häuslicher Gewalt, Femizid und Familienmorden belegt die heute gern als „Regenbogennation“ gerühmte, frühere Rassengesellschaft Spitzenpositionen – und das nicht erst seitdem Mandela oder Mbeki die Macht übernommen haben. Vielmehr handelt es sich hier um gravierende Probleme, die durch die strukturelle Gewalt und die Gewaltkulturen des Apartheidregimes und des Kolonialsystems am Kap über Jahrhunderte geschaffen wurden.

Nach der politischen Wende wurden sie nicht ausreichend aufgearbeitet. Das prangerten etliche südafrikanische Aktivistinnen während der AWID-Konferenz an. Sie unterstrichen, dass politisch motivierte Vergewaltigungen durch Sicherheitspolizisten und Militärs nicht von der Wahrheits- und Versöhnungskommission aufgearbeitet wurden. Niemand habe sich zu seinen Taten bekannt. Dadurch wurden Vergewaltigungen und sexualisierte Folter verharmlost und tabuisiert. Dieses problematische Erbe belastet die Opfer bis heute; es hat auch eine öffentliche gesellschaftliche Debatte über die Ächtung und Verurteilung von sexueller Gewalt im demokratischen Südafrika verhindert. So wurden 2007 offiziell 52.000 Vergewaltigungen registriert, doch selbst die Polizei geht davon aus, dass nur jede 9. Vergewaltigung angezeigt wird. Juristinnen werfen den Verantwortlichen seit Jahren vor, dass die meisten gemeldeten Fälle nicht strafrechtlich verfolgt und nur ca. 4 bis 5% der Täter letztlich bestraft werden. Und das in einem Land, das umfassende Gewaltschutzgesetze und die geschlechtergerechte Verfassung hat, die weltweit als vorbildlich gerühmt wird.

Wie schwierig es ist, diese Rechtsgrundlagen in die Tat umzusetzen, verdeutlichen Vergewaltigungsfälle von Lesben. Das Forum for the Empowerment of Women, das mit zahlreichen Homosexuellen-Organisationen vernetzt ist, prangert an, dass Lesben regelrecht hingerichtet wurden, weil ihre sexuelle Orientierung von den Tätern als bedrohlich und abnormal wahrgenommen wurde. Sie fügten sich nicht in ein starres Korsett patriarchaler Macht- und Kontrollansprüche und deshalb wurde ihnen sogar das Recht auf Leben verweigert. Mörder, die sogenannte „hate crimes“ an Homosexuellen begehen, erhalten nicht nur von der gewaltverherrlichenden südafrika-

nischen Presse Schützenhilfe. Auch namhafte ANC-Politiker versuchen, trotz der in der südafrikanischen Verfassung ausdrücklich verankerten Gleichheitsklauseln für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen mit homophoben Bekenntnissen populistisch zu punkten.

Während der AWID-Konferenz sorgte auch der Vergewaltigungsprozess gegen den heutigen ANC-Chef Jacob Zuma, der mit großer Wahrscheinlichkeit im nächsten Jahr zum neuen Präsidenten Südafrikas gewählt werden wird, erneut für Furore. Südafrikanische Frauenrechtlerinnen erläuterten den ausländischen Gästen die Reichweite dieses Prozesses: Der frühere Leiter des South African National AIDS Councils wurde 2006 angeklagt, eine junge Frau vergewaltigt zu haben. Das Verfahren endete mit einem Freispruch. Zur Urteilsbegründung führte der Richter u.a. an, Zuma habe traditionsbewusst als Zulu-Mann gehandelt und die Klägerin habe ihn verführt. Zuma brüstete sich damit, dass er nach dem Geschlechtsverkehr mit der HIV-positiven Frau geduscht habe, so habe er eine HIV-Infektion vermieden.

Solche Äußerungen bringen Frauen-, Homosexuellen-, Transgender- und HIV/AIDS-Organisationen auf die Barrikaden. Während der AWID-Konferenz organisierten sie einen großen Protestmarsch, um diese Probleme international bekannt zu machen. Sie beklagten sexistische Strafprozesse, die auch andere Vergewaltigungsopfer diffamierten. Sie fürchteten, dass diese Probleme sich zukünftig weiter verschärfen.

Missachtung von Frauenrechten in Bürgerkriegen und Diktaturen

Die südafrikanischen Aktivistinnen bekundeten ihre Solidarität mit den Frauen und Mädchen, die von den Schlägertrupps der Mugabe-Regierung im Nachbarland Simbabwe systematisch vergewaltigt werden und mit den Gewaltopfern im Ost-Kongo sowie in anderen Kriegsregionen Afrikas. Auf die Schärfste verurteilten sie die sexualisierte Gewalt in den Bürgerkriegsländern Zentral- und Ostafrikas als schwere Menschenrechtsverletzung. Schließlich hatte der UN-Sicherheitsrat erst im Juni 2008 die Resolution 1820 erlassen, die Vergewaltigungen in Kriegen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verurteilt. Seitdem ist die Staatengemeinschaft aufgefordert, diesen als systematische Kriegsstrategie eingesetzten Gewaltakten Einhalt zu gebieten. AWID organisierte mehrere Foren, auf denen Frauenrechtlerinnen aus Kriegsländern wie der Demokratischen Republik Kongo und Repräsentantinnen internationaler Organisationen diskutierten, wie die Aktivistinnen besser geschützt werden

können. Denn ihre Arbeit ist jeden Tag aufs Neue lebensgefährlich.

Die offizielle Einhaltung demokratischer Spielregeln bietet aber keine Garantie dafür, dass Frauenrechte geachtet werden. Besonders eindrücklich zeigte sich dies in Simbabwe. Seit 2000 befindet sich das Land im rasanten Niedergang, obwohl regelmäßig Wahlen durchgeführt wurden. Insbesondere bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen im März 2008 wollten die Wähler dem Machtmissbrauch des Mugabe-Regimes ein Ende bereiten. Wenngleich der alte Präsident Wahlverlierer war, versuchte er monatelang mit Brachialgewalt eine Machtübernahme der siegreichen Oppositionspartei zu hintertreiben. Noch immer zählt sexualisierte Gewalt zur verbreiteten Terrorstrategie von Militärs, Geheimdienstmitarbeitern und jugendlichen Schlägertrupps. Dadurch wollen sie Oppositionelle bestrafen und einschüchtern.

Exil-Simbabwerinnen, denen die Flucht ins Nachbarland gelungen war, sind dort wegen xenophober Anfeindungen nicht sicher. Wiederholt wurden Flüchtlingsfrauen aus Simbabwe in den von Armut und Gewalt geprägten Townships belästigt und bedroht. Eine regelrechte Jagd auf Menschen aus den Nachbarländern fand im Mai 2008 statt. Davon distanzieren sich südafrikanische Frauenrechtsorganisationen nun ausdrücklich. Ein Strukturproblem, das die xenophobe Gewalt angeheizt hatte, war die Tatsache, dass die meisten Flüchtlinge aus Simbabwe illegal in Südafrika leben. Ihnen wird kein politisches Asyl oder Aufenthaltsrecht gewährt. Insbesondere

weiße Farmer und kleine Unternehmer nutzen die dramatische Lage der Simbabweerinnen und Simbabweer aus und bieten ihnen schlecht bezahlte Jobs an. Seit Jahren unterbieten sie den Mindestlohn, den sie für südafrikanische Arbeiter zahlen müssten, was die verantwortlichen Behörden bis heute dulden. In einem Land mit sehr hoher Arbeitslosigkeit schürte das Konflikte, die gewaltsam eskalierten.

Landrechte, Wanderarbeit und HIV/AIDS

Nicht nur Südafrika ist ein Beispiel dafür, wie schwierig eine gerechte und geschlechtergerechte Landpolitik ist. So widmete sich die AWID-Konferenz dem großen Thema Landrechte und den Herausforderungen für Kleinbäuerinnen, die trotz des Klimawandels und ungeachtet ihres unsicheren Ressourcenzugangs die Versorgung ihrer Familien sichern müssen. Während die Umverteilung der produktiven Flächen in früheren Siedlerkolonien wie Südafrika oder Brasilien auf dem Programm steht, wehren sich mexikanische Kleinbäuerinnen gegen die Enteignung des von ihnen bisher bewirtschafteten Bodens. Sehr eindrücklich schilderten die Vertreterinnen von Kleinbäuerinnen-Vereinigungen aus Mexiko, wie ihnen die eigene repressive Regierung in Zusammenarbeit mit internationalen Agrarkonzernen die lebensnotwendige Existenzgrundlage entzieht. Ob die Landvertreibung im Gewand radikaler

oder schleichender Privatisierung – wie in Indien oder China – oder in Form verschleppter Landreformen wie in etlichen afrikanischen oder lateinamerikanischen Staaten daher kommt, in jedem Fall hat sie fatale Konsequenzen für die Kleinbäuerinnen. Sie werden ihrer Ernährungsgrundlagen und ihres Wohnsitzes beraubt.

Schon jetzt ist deutlich, dass viele Millionen Menschen zur Wanderarbeit gezwungen werden, und um miserable Jobs in den weiter anwachsenden Städten und Mega-Cities konkurrieren müssen. Auch HIV-Infektionen werden sich weiter rasch ausbreiten. Davon legen HIV/AIDS-Organisationen im südlichen Afrika ein Zeugnis ab, deren Gesellschaften seit der Frühphase der Kolonialzeit strukturell durch die Wanderarbeit der Männer verändert wurden. Die Kolonialregime verweigerten mindestens vier Generationen von Männern in Folge ein selbstbestimmtes Ehe- und Familienleben. Aus christlicher Moral verteuerten Minenbetreiber und Farmbesitzer zwar die Prostitution, faktisch duldeten und förderten sie diese aber, um Aufstände ihrer Arbeiter zu verhindern.

Das Recht auf Gesundheit und HIV/AIDS

In Indien zeichnen sich erst allmählich die Ausmaße der HIV/AIDS-Epidemie ab. Um so beharrlicher ist die Arbeit von Frauenrechtsaktivistinnen, die z.B. bei der Organisation SANGRAM tätig sind und das Recht auf Gesundheit für Prostituierte einfordern. Angesichts der zahlreichen Tabus, mit denen HIV/AIDS von der indischen Gesellschaft belegt wird, müssen SANGRAM-Mitarbeiterinnen täglich aufs Neue an Einstellungsveränderungen arbeiten. Dazu zählt, die Mitsprache der Prostituierten bei der systematischen Anwendung von Kondomen zu stärken.

Dennoch ist das Verhältnis zwischen HIV/AIDS- und Frauenorganisationen nicht konfliktfrei. Deshalb setzten die AWID-Konferenzplanerinnen dieses Thema in mehreren Diskussionsrunden auf die Tagesordnung. Seitdem internationale Entwicklungsorganisationen HIV/AIDS-Netzwerke gegenüber Frauenrechtsinitiativen bevorzugen, konkurrieren die Vereinigungen gegeneinander. Letztlich ist allen Beteiligten klar, dass sie nur durch gezielte Kooperationen Veränderungen erreichen können. Schon aus dem Grund, weil viele Frauen durch Vergewaltigungen mit den HI-Virus infiziert werden und auch zahlreiche Frauenrechtsaktivistinnen HIV positiv sind. Die Überwindung von Tabus und Stigmatisierungen betrifft also die Frauenorganisationen ganz direkt.

Nach wie vor ist die Arbeit der Frauen-Rechtsorganisationen langfristig angelegt. Ihnen geht es um

Veränderungen der Rechtsgrundlagen und der Rechtsrealität, um rechtspolitische Lobbyarbeit, Gesetzesreformen und Einstellungsveränderungen. Deshalb brauchen die Frauen-Rechtsorganisationen Durchhaltevermögen und Widerstandskraft. Ihre Arbeit steht und fällt mit den internationalen Fördergeldern.

Neue Vorgaben bei der Geldvergabe zur AIDS-Aufklärung bereiten Frauen- und AIDS-Organisationen, die vom Recht auf Gesundheit ausgehen, zusätzliche Sorgen. In Uganda sind die Folgen der veränderten Weichenstellungen bereits augenfällig. Nachdem die Regierung dort jahrelange eine mustergültige AIDS-Politik durchgesetzt hatte und die Infektionsraten drastisch zurückgingen, breitet sich der Virus nun wieder rasch aus. Pfingstkirchen, die kräftig von fundamentalistischen Sponsoren aus den USA unterstützt werden, haben inzwischen die Marschrichtung übernommen und predigen Enthaltsamkeit. Die Anwendung von Kondomen ist obsolet geworden und starre Geschlechterkonzepte beschränken die Mitsprache von Frauen. Seitdem die Pfingstkirchen in der Präsidentengattin eine einflussreiche Allianzpartnerin gewonnen haben und sie sich offiziell als Nicht-Regierungsorganisationen registrieren lassen können, fürchten ugandische Frauen- und AIDS-Aktivistinnen ins Hintertreffen zu geraten. Skeptisch und enttäuscht sind sie von Politikerinnen und Parlamentarierinnen, die Fraueninteressen geringschätzig abtun und nicht ihre Posten durch das Eintreten für Reformen im Erb-, Land- oder Familienrecht riskieren wollen. Solche Rechtsreformen wären aber für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen im ländlichen Uganda, insbesondere für AIDS-Witwen überlebensnotwendig.

Reproduktive Rechte in islamischen Gesellschaften

Die Herausforderung, fundamentalistischen Tendenzen gegenzusteuern, betrifft nicht nur Frauen- und Menschenrechtsaktivistinnen in christlich geprägten Gesellschaften Afrikas oder Zentral- und Lateinamerikas. Solche Radikalisierungen beeinträchtigen auch Aktivistinnen in hinduistischen und islamischen Ländern. Deshalb widmete sich die AWID-Konferenz explizit diesem Themenfeld. In einzelne Diskussionsforen wurden differenzierte Standortbestimmungen vorgenommen.

Dazu zählte die intensive Auseinandersetzung mit dem Familienrecht und mit reproduktiven Rechten in islamischen Gesellschaften. Daran beteiligten sich namhafte länderübergreifende Zusammenschlüsse wie Women Living under Muslim Law (WLML), Sisters in Islam (SIS), Women for Women Human Rights (WWHR), die alle im Dachverband

„Coalition for Sexual and Body Rights in Muslim Societies“ (CSBR) zusammengeschlossen sind. Dieser Koalition gehören insgesamt vierzig Frauenrechts-, Homosexuellen-, Transgender- und AIDS-Organisationen sowie etliche Wissenschaftlerinnen aus fünfzehn islamisch geprägten Ländern an: von Marokko bis Indonesien.

Während der AWID-Konferenz stellten sie ihre Arbeitgrundlagen zur Diskussion, vor allem die Verteidigung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung und der reproduktiven Rechte gegen religiös-kulturelle Manipulationen durch fundamentalistische Interessengruppen und gegen repressive politische Vorgaben und gesetzliche Beschränkungen. Vertreterinnen der Frauenrechtskoalition aus islamischen Ländern prangerten Ehrenmorde, Jungfräulichkeitstest, die Zwangsverheiratung und den Verkauf von Mädchen, Mitgiftmorde, Säureattentate auf Frauen, weibliche Genitalverstümmelungen und die strafrechtliche Verurteilung von Vergewaltigten als Ehebrecherinnen als schwere Verstöße gegen die Frauen- und Menschenrechte an. Ausdrücklich kritisierten sie den Missbrauch von Rechtsprechung und Religion durch diktatorische Regime und fundamentalistische Gruppierungen. Die CSBR-Aktivistinnen unterstrichen, dass sexuelle Ausbeutung nicht durch den Koran zu rechtfertigen sei. Dabei betonten sie, dass vor allem die Militarisierung in Afghanistan, im Iran oder Libanon maskuline Militanz fördert, Gewaltmuster verfestigt und liberal eingestellte Menschen marginalisiert. Um so deutlicher forderten Repräsentantinnen der islamischen Frauenrechtskoalition die Regierungen auf, dem gegenzusteuern. Sie verlangten Rechtsreformen und die Umsetzung neuer Rechtsgrundlagen, um Frauen vor Gewalt und Verarmung zu schützen und die Würde aller Menschen herzustellen. Sie betonten, dass Demokratie und nachhaltige Entwicklung in ihren Ländern nur zu erreichen seien, wenn Frauen- und Menschenrechte verwirklicht würden. Zudem kritisierten sie westliche Regierungen und Medien, die eine

Essentialisierung des Islams und eine Islamophobie vorantreiben. Denn sie ignorieren die Vielfalt islamischer Gesellschaften und das Streben nach Gerechtigkeit und Gleichheit zahlreicher Initiativen und Zusammenschlüsse.

Holzschnittartige Zerrbilder vom Islam verstellen den Blick für Marginalisierungs- und Verarmungsprozesse im Kontext neo-liberaler Globalisierungsprozesse, für Verunsicherungen in Folge der durch Globalisierungsprozesse ausgelösten Identitätsbrüche und soziale Spaltungen, die Menschen in islamischen Ländern in die Fänge islamistischer Prediger treiben. Deren raffinierte Missionierungsstrategien, die meist mit Wohlfahrtsprogrammen und konkreten Angeboten zur Situationsverbesserung einhergehen, beeinträchtigen die Arbeit von Frauenrechtlerinnen und greifen sie vielerorts konkret an. Diese Strukturprobleme betreffen nicht nur islamische Gesellschaften, sondern auch christliche oder hinduistisch geprägte Länder. So wurde z.B. SANGRAM, die indische Organisation, die sich für Prostituierte einsetzt, bereits Zielscheibe von Gewaltakten.

Fundamentalismus versus Frauenrechte

Wegen der latenten Gewaltbereitschaft und der rasanten Ausbreitung fundamentalistischer Bewegungen führte AWID 2007 eine kontinentweite Studie über die Auswirkungen fundamentalistischer Tendenzen auf die Frauenrechtsarbeit durch, deren Ergebnisse auf der Konferenz in Kapstadt im Detail vorgestellt wurden. Die Studie basierte auf den Erfahrungen und Problemen von über 2000 Aktivistinnen aus mehr als 160 Ländern. Ein verbindendes Ergebnis war, dass gewaltverherrlichende dogmatische, frauenverachtende und fundamentalistische Vorstellungen vielerorts politische Entscheidungen, Rechtsreformen und die Rechtssprechung beeinflussen.

Fundamentalistische Gruppierungen und Meinungsmacher arbeiten daran, rigide Geschlechterkonzepte durchzusetzen, indem sie diese mit sozialer Inklusion und Exklusion verbinden und utopische Heilsversprechen von der Einhaltung der neuen Normen ableiten. Sie beanspruchen die Kontrolle über Frauenkörper, ihre Sexualität, ihre Bildung, politische Partizipation und wirtschaftlichen Aktivitäten. So berichteten AWID-Vertreterinnen aus Liberia, dass Geburtshilfe von fundamentalistischen Kirchenmännern abgelehnt wird, weil Gott den Gebärenden beistehen würde. Der frühere Bürgermeister von Manila, Philippinen, verbot aus christlicher Überzeugung Verhütungsmittel und russisch-orthodoxe Kleriker sorgten in Serbien und Russland dafür, dass Frauen, die keine Kinder für Volk und Vaterland bekamen, als Verräterinnen gebrandmarkt wurden.

Die Politisierung von Frauenkörpern hat viele Facetten, wie die AWID-Studie dokumentiert: In Nord-Nigeria und Nord-Pakistan wurden Polio-Impfungen von religiösen Eiferern verboten, denn die Impferen würden Moslems sterilisieren und AIDS verbreiten. Fünf Gesundheitsmitarbeiter wurden bereits bei Polio-Impfkampagnen in Nord-Pakistan umgebracht. In Usbekistan und Thailand stemmten sich Fundamentalisten erfolgreich gegen Reformen des Ehe- und Familienrechts und in Bangladesh forderten sie, Frauen sollten nicht politische Ämter übernehmen, das sei „unislamisch“. Rigide Definitionen von gottgefälligem Verhalten betraf aber nicht nur die Frauen, sondern insbesondere auch die Männer. Die AWID-Forscherinnen erläuterten, dass Fundamentalisten sehr reduktionistische Vorstellungen von Maskulinität verbreiten und diese sich insbesondere in einer umfassenden Kontrolle über Frauen manifestieren soll. Da fundamentalistische Prediger vor allem mit Angst und Einschüchterung arbeiten und dabei Vorstellungen von der gerechten Strafe Gottes, von Rache und Vergeltung mobilisieren, fördern sie die Gewaltbereitschaft und den Aufbau von Gewaltkulturen, die dann als Inbegriff von Männlichkeit zelebriert werden.

Auch auf internationaler Ebene brachten die AWID-Forscherinnen zu Tage, wie erfolgreich fundamentalistische Gruppierungen auf der internationalen Ebene sind: Mit raffinierter und systematischer Lobbyarbeit gehen fundamentalistische Nicht-Regierungsorganisationen gegen internationale Abkommen und internationale Organisationen vor, die reproduktive Rechte durchzusetzen versuchen. Angesichts der Tatsache, dass die UN seit geraumer Zeit mit eigenen Umstrukturierungen befasst ist, wobei Frauenrechte immer mehr ins Hintertreffen geraten, war das Taktieren der Fundamentalisten in manchen Bereichen schon erfolgreich, etwa bei Revision der UNICEF-Position zu reproduktiven Rechten von Mädchen.

Ausgehend von ihrer differenzierten Bestandsaufnahme und Analyse müssen nicht nur die AWID-Forscherinnen und Aktivistinnen nun versuchen, religionsübergreifende Gegenstrategien zu entwickeln. Schließlich wurden Frauenrechte erst 1993 offiziell als Menschenrechte anerkannt. Diese Rechte hatten Aktivistinnen in Afrika, Asien und Lateinamerika über Jahrzehnte vehement eingefordert. Heute gilt es, die international geltenden Rechtsstandards gegen Fundamentalisten aller ideologischen Stoßrichtungen zu verteidigen. Dafür brauchen sie auf allen Kontinenten UnterstützerInnen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.awid.org/forum08/>